

Universität Bielefeld 4800 Bielefeld 1 Postfach 8640 Universitätsstraße

Ruf (0521) *106-1

Durchwahl 106- 3474

Telex: 932362 unbl

An den
Schulausschuß des und Wissenschafts-
Landtags NRW ausschuß
Haus des Landtags

4000 Düsseldorf 1

Bielefeld, den 28. August 1986

Az.:

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

ZUSCHRIFT

10/490

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Personalrat der wissenschaftlich und künstlerisch Beschäftigten möchten wir Sie über die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen der Laborschule an der Universität Bielefeld informieren, wie sie sich uns nach Haushaltskürzungen und Stellenabsetzung in '86 darstellt. Wir bitten zu berücksichtigen, daß wir die Interessen einer Gruppe von Beschäftigten vertreten, die aufgrund ihrer Stellung weder im Schul- noch im Hochschulbereich über eine große Lobby verfügt und deshalb besonders Gehör finden sollte. Denn die Zwitterstellung einer Institution als Schule und wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Bielefeld hat nur zu oft schon doppelt Nachteile erbracht, was sich insbesondere bei den diesjährigen haushaltsmäßigen Einschränkungen exemplarisch aufzeigen läßt:

Die Laborschule hat zusammen mit dem Oberstufen-Kolleg einen eigenen Haushalt im Bereich des MWF (Kapitel 06-181, UNI Bielefeld: 06-181) und wird auch hier stellenmäßig verwaltet. Alle haushaltsmäßigen Restriktionen in diesem Bereich treffen die Laborschule und das Oberstufen-Kolleg voll: sie haben in '86 im Zuge der Stellenabsetzung eine Lehrerstelle und eine Hausmeisterstelle abgeben müssen, obwohl sie durch festgelegte Schülerzahlen und damit invariante Schüler-Lehrer-Relationen keine Manövriermasse haben (anders als Universitäten). Sie haben bei der Verfügung der 20%igen globalen Minderausgabe bei Sachmitteln Kürzungen hinnehmen müssen bei Titeln, auf deren Verausgabung sie wegen gesetzlicher (schulischer) Regelungen und Verordnungen (z.B. Schülerfahrtkosten, Mensabeköstigung) keinen Einfluß haben.

Die Lehrerinnen und Lehrer der Laborschule versuchen mit einem offenen Brief die Öffentlichkeit darüber zu informieren, daß sich aufgrund ihrer Stellung zwischen Schule und Hochschule ihre Arbeitssituation jetzt besonders verschlechtert. Als Personalrat kennen wir aus langjähriger Erfahrung die tatsächlichen Beschäftigungsbedingungen und die daraus erwachsenen Probleme der Kolleginnen und Kollegen, sodaß wir mit diesem Schreiben die Beschäftigten unterstützen wollen und alle bildungspolitisch engagierten Mitglieder des Landtags, alle Gewerkschafter im Bildungsbereich und vor allem die Beamten der Exekutive bitten, den Brief der Lehrerinnen und Lehrer der Laborschule und das Flugblatt der Betriebsgruppe der GEW/ÖTV zur Kenntnis zu nehmen und aktiv für ihre Belange einzutreten.

Hochachtungsvoll

G. Günther-Boemke
Gerlinde Günther-Boemke
(Vorsitzende WPR)

Anlagen

490/B1

Lehrerinnen und Lehrer
der Laborschule

Bielefeld, 21.07.1986

Neue Westfälische
Lokalredaktion
Niedernstr. 23/27
4800 Bielefeld 1

Betr.: Berichterstattung der NW zum Besuch der Ministerin
für Wissenschaft und Kunst, Frau Anke Brunn, an der
Laborschule am 16.07.86

Stellenkürzungen an der Laborschule

- Soll die Versuchsschule langsam aufgegeben werden? -

Kurz vor Ende des Schuljahres (am 09.07.86) wurde der Labor-
schule mitgeteilt: Ab sofort ist eine Lehrerstelle gestrichen.

Wie befürchtet war daran auch während des Besuches der zustän-
digen Wissenschaftsministerin Anke Brunn (vgl. NW vom 17.07.86)
nichts zu ändern. Frau Brunn war beeindruckt von der Arbeit,
die hier in 12 Jahren geleistet wurde. Sie zeigte Verständnis
gegenüber den Sorgen der Eltern vor den Folgen der angekündig-
ten Stellenkürzung. Als Mutter - so erklärte sie einer Eltern-
vertreterin - würde sie auch dagegen protestieren; in ihrer
Rolle als Ministerin sehe sie sich aber außerstande, die
Laborschule von den "landesweit greifenden Einsparungen im
Wissenschaftsbereich" auszunehmen.

Kürzungen haben die Schulprojekte bereits im Sachhaushalt der
Fachbereiche getroffen. Die Streichung einer Hausmeisterstelle
verhindert, daß in Zukunft Oberstufenkolleg und Laborschule
außerhalb der Unterrichtszeiten für Veranstaltungen von Arbeits-
gruppen, Proben von Schülerbands, zusätzliche Sportangebote
und Elternabende offen stehen.

Die Streichung einer Lehrerplanstelle an der Laborschule hat jedoch besonders schwerwiegende Folgen: Als eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung des Landes NRW hat die Laborschule die Aufgabe, neue Unterrichtsformen zu entwickeln, zu erproben und zu dokumentieren. Im Stellenplan werden diese wissenschaftlichen Aufgaben als "Forschungszuschlag" mit zwei Wochenstunden berücksichtigt. In der Praxis bilden Unterricht und Unterrichtsforschung eine Einheit: Alle Lehrenden sind zugleich Forschende.

Diese grundlegende Konzeption erlaubt es nicht, Kürzungen auf den Wissenschaftsbereich separat zu verrechnen. Eine Stellenstreichung beeinträchtigt beide: den Unterrichtsbereich wie den Forschungsbereich.

Welche Möglichkeiten hat die Laborschule, diese Kürzung aufzufangen?

Würden Kolleginnen und Kollegen ihr Unterrichtsdeputat erhöhen, so bliebe ihnen keine Zeit mehr, den Schulalltag kritisch zu begleiten und die gewonnenen Erkenntnisse zu dokumentieren. Als ebenso fatale Möglichkeit bliebe demgegenüber die Verteilung der Kinder, die jetzt ohne Lehrer dastehen, auf andere Gruppen. Damit müßte das grundlegende pädagogische Strukturmerkmal der relativ kleinen Lerngruppen aufgegeben werden, und die daran ausgerichtete Forschungsarbeit verlöre ihren Sinn.

In der Einschätzung vieler Besucher - und nicht zuletzt der Besucherin Anke Brunn - zeigen die Ergebnisse der bisherigen Arbeit an der Laborschule, wie richtig ihre Konzeption und Zielsetzungen sind.

Die Landesregierung hat in der Vergangenheit immer wieder betont, daß sie diese in der Bundesrepublik einzigartige Konzeption unterstützt und politisch trägt. Dies darf kein Lippenbekenntnis bleiben.

Die Stellenstreichung muß unbedingt zurückgenommen werden!

Lehrerinnen und Lehrer der Laborschule



Die GEW/OTV-Betriebsgruppe LS/OS^{*} fordert die Leitungen von OS und LS auf, dem Rektorat gegenüber klarzustellen, daß eine Einsparung von 2 Stellen aus den Schulprojekten nicht möglich ist.

Begründung:

1. Die Schulprojekte konnten sich in ihrer Personalplanung auf Kürzungen nicht einstellen. Weder wurden im September 1985 bei der Nacht- und Nebelaktion zur Absetzung der ersten 70 von insgesamt 165 bis September 1986 abzusetzenden Stellen die Schulprojekte genannt, noch wurde in den Haushaltsverhandlungen im März 1986 darauf hingewiesen. Auch vom März-Erlaß, der die weiteren Stellenabsetzungen auch für "sonstige staatliche Einrichtungen" ankündigt, wurden die Schulprojekte nicht informiert.

2. Erst am 18. Juni wurden mit Rundverfügung des Rektorats die maßgeblichen Erlasse bekanntgegeben. Das erste Mal wurden die Schulprojekte gesondert ausgewiesen und von überproportionalen Streichungen, die aus dem Berechnungsschlüssel für die abzusetzenden Stellen nicht rekonstruierbar sind, betroffen.

Bei 0,6% Anteil am Gesamt-Personalhaushalt und einer 0,5% Einsparungsvorgabe ist die Aufrundung des Anteils auf 1 Stelle schon mehr als genug!

3. Stellenabsetzungen im laufenden Schul-/OS-Ausbildungsjahr betreffen die Schulprojekte als auch Einrichtungen, die nicht-universitär organisiert sind, besonders hart. Feststehende Lehrer-Schüler-/ bzw. Kollegiaten-Lehrende-Relationen, auf bestimmte Gruppengrößen ausgerichtete Räumlichkeiten, ein schon seit Beginn des Betriebs nicht ausreichender Personalbestand, Stellenforderungen als Dauerbrenner in allen Haushaltsverhandlungen, ein nachgewiesener Fehlbestand von zwei Lehrerstellen an der Laborschule - alles dies sind Fakten, die die Absetzung von zwei Stellen unmöglich machen!

* LS/OS = Laborschule / Oberstufenkolleg